

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

zur Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 10/4094 —

Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag tritt für eine Weiterbeachtung der SALT II-Begrenzungen als Rahmen für eine Politik der beiderseitigen Zurückhaltung ein. Die Vereinbarung neuer Rüstungskontrollabkommen wird erschwert, wenn bestehende Regelungen aufgegeben werden.

Der Deutsche Bundestag hofft, daß auch die Sowjetunion durch ihr Verhalten die Voraussetzungen dafür schafft, daß dieser kooperative Rahmen erhalten bleiben kann.

2. Alle Bündnispartner messen dem Ziel einer drastischen Reduzierung der amerikanischen und sowjetischen Nuklearwaffen höchste Priorität bei. Eine solche Reduzierungsvereinbarung würde die Frage der Weiterbeachtung von SALT II gegenstandslos werden lassen.

Der Deutsche Bundestag hält es daher für erforderlich, daß im Einklang mit der Gipfel-Erklärung vom 21. November 1985 die Genfer Verhandlungen beschleunigt und die zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow getroffene Vereinbarung, die strategischen Waffen um 50 % zu reduzieren und ein INF-Zwischenabkommen abzuschließen, mit Nachdruck verwirklicht werden.

Bonn, den 5. Juni 1986

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion
Mischnick und Fraktion

